

❖ **Europäische Union / Europa**

➤ **EWSA eröffnet Post-Lissabon-Debatte**

Im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) wurde Anfang November über eine Stellungnahme zu Post-Lissabon abgestimmt. Hauptberichterstatte war Wolfgang Greif (Internationales Sekretär der GPA-djp). Die Stellungnahme wurde mit beeindruckender Mehrheit (178 zu 6 Stimmen und 15 Enthaltungen) angenommen. Damit hat der EWSA in der beginnenden Debatte über die neue Ausrichtung der EU-Politik den ersten wichtigen Diskussionsbeitrag geliefert.

Weder ein „Zurück zu Lissabon 2000“ noch ein „Mehr vom Selben“ kann aus Sicht des EWSA angesichts der ernüchternden Bilanz der zu Ende gehenden Lissabon-Strategie die adäquate Antwort für eine erneuerte Agenda auf europäischer Ebene nach 2010 sein. Der EWSA benennt wichtige Eckpunkte zum „notwendigen Politikwechsel, um aus der Krise heraus eine neue Dynamik für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten sowie sicherzustellen, dass sich Krisen - wie die aktuelle - nicht mehr wiederholen können“.

Quelle: www.gpa-djp.at

Mehr dazu:

[Bericht der GPA-djp / EWSA-Stellungnahme: Die Lissabon-Strategie nach 2010 \(Deutsch, Englisch, Französisch\)](#) / [EWSA-Homepage](#)

➤ **Neuer Anlauf zur „Euro-GmbH“: Vorerst gescheitert!**

Auf Druck der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft hätte auf dem EU-Wettbewerbsfähigkeitsrat Anfang Dezember eine politische Einigung über die Europäische Privatgesellschaft (EPG) erzielt werden sollen. Ursprünglich war die Idee der „Euro-GmbH“ als einheitliche europäische Rechtsform für kleine und mittlere Betriebe gedacht. Allerdings dienen bisherige Vorschläge auch großen Unternehmen und Konzernen dazu, bestehende Arbeitnehmermitbestimmungsrechte in vielen Mitgliedsstaaten zu umgehen.

Auch der neue schwedische Vorschlag stieß bei den Gewerkschaften auf heftigen Widerstand, insbesondere da auch dieser Vorschlag einen Angriff auf bestehende Arbeitnehmermitbestimmungsrechte in vielen Mitgliedsstaaten zur Folge hätte. Aber auch die geplante 1€-Mindestkapitaleinlage für Europäische Privatgesellschaften stieß bei Gewerkschaftern und Konsumentenschützern auf heftige Kritik.

Deutschland, Österreich, Luxemburg und Lettland sprachen sich schließlich gegen den Vorschlag aus, für dessen Annahme Einstimmigkeit erforderlich gewesen wäre. Somit wird die Angelegenheit der kommenden spanischen EU-Ratspräsidentschaft übergeben und wohl im Laufe des nächsten Jahres wieder Thema werden.

Quelle: www.oegb-eu.at

Mehr dazu:

[Artikel des ÖGB-Europabüros und Vorschlag der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft / Newsletter des ÖGB-Europabüros vom 20. November](#) / [Presseaussendung der AK Wien](#)

➤ **Die Kommission der Banken: Lobbyismus in der EU**

Anfang November veröffentlichte das europäische Netzwerk ALTER-EU (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation) eine Studie, die die beängstigende Dominanz der Finanzindustrie in den Beratergremien der EU-Kommission eindrucksvoll vor Augen führt.

Die 19 „Expertengruppen“ für Finanzpolitik der EU-Kommission werden von VertreterInnen der Finanzindustrie dominiert. Insgesamt stellt die Finanzindustrie 4mal mehr Vertreter in diesen „Expertengruppen“ als Vertreter aus dem akademischen Bereich, den Konsumentenschutzverbänden und den Gewerkschaften. Die Anzahl der Finanzlobbyisten übertrifft sogar die Zahl der für die Finanzpolitik zuständigen EU-Beamten.

Jene Expertengruppen sind nun angehalten inmitten der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit Vorschläge für eine Regulierung der Finanzmärkte vorzulegen... Oder um mit den Worten des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas, Poul Nyrop Rasmussen, zu sprechen: „Der Wolf passt auf die Schafe auf.“

Quellen: www.diepresse.com, www.attac.at

Mehr dazu:

[ALTER-EU Studie \(Englisch\)](#) / [ATTAC-Presseaussendung](#)

❖ **Internationales**

➤ **15. UN-Klimakonferenz in Kopenhagen**

Von 7. bis 18. Dezember tagt in Kopenhagen die 15. UN-Klimakonferenz, die sich zum Ziel gesetzt hat, der weltweiten Klimapolitik nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 einen neuen vertraglichen Rahmen zu geben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat der UN-Konferenz eine Erklärung der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorgelegt, die unter anderem die Verantwortung der Industrieländer unterstreicht und rasche konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den weltweiten Klimawandel fordert. IGB-Generalsekretär Guy Ryder mahnte im Vorfeld der Konferenz: „Die Welt kann einfach nicht mehr länger warten. In Kopenhagen müssen Entscheidungen getroffen werden und unmittelbar müssen konkrete Schritte folgen.“

Bereits im Vorfeld der Konferenz mobilisierten zahlreiche Umweltinitiativen und Globalisierungskritiker gegen den weltweit versäumten Klimaschutz und die zunehmende Orientierung des Klimaschutzes auf Marktmechanismen (Emissionshandel, etc.). Zu Redaktionsschluss kam es auf der offiziellen UN-Konferenz zum ersten Eklat, da sich die Industrieländer nach wie vor nicht gewillt zeigen, einen angemessenen Beitrag für den maßgeblich von ihnen verursachten Klimawandel im Globalen Süden zu leisten.

Quellen: www.ituc-csi.org, www.labournet.de

Mehr dazu:

[Homepage des 15. UN-Klimagipfels](#) / [IGB-Erklärung: Gewerkschaften und Klimawandel \(Englisch\)](#) / [AK Wien Infobrief EU International \(Oktober 2009\)](#) / [Berichte über die Aktivitäten gegen die UN-Konferenz in Kopenhagen](#)

➤ **Türkei: 22 inhaftierte GewerkschafterInnen freigelassen / Erfolgreicher politischer Streik für Gewerkschaftsrechte**

Ende Mai 2009 wurden zahlreiche GewerkschafterInnen des türkischen Gewerkschaftsdachverbandes des Öffentlichen Dienstes (KESK) aufgrund konstruierter Terrorismustatbestände verhaftet. Der IGB rief unmittelbar nach ihrer Verhaftung zu einer internationalen Solidaritätskampagne auf, an der sich auch der ÖGB und die AK-Vollversammlung beteiligten.

Mitte November wurde 22 KollegInnen der KESK der Prozess gemacht. Zahlreiche europäische GewerkschafterInnen waren als Prozessbeobachter anwesend. Obwohl der Gerichtsprozess nicht im Geringsten den internationalen Verfahrensstandards entsprach, ordnete das Gericht die Freilassung der Gewerkschafter an. Wenngleich die GewerkschafterInnen im März 2010 erneut vor Gericht erscheinen müssen, ist ihre Freilassung ein wichtiger Erfolg der internationalen Solidaritätsaktionen.

Auch folgten Ende November rund 2 Millionen Menschen dem politischen Streikaufruf aller großen türkischen Gewerkschaftsdachverbände (KESK, DISK und Türk-İş) für eine Aufhebung zahlreicher gewerkschaftsfeindlicher Bestimmungen aus der Zeit des Militärputsches von 1980. (So dürfen beispielsweise Öffentlich Bedienstete in der Türkei weder streiken, noch Kollektivvertragsverhandlungen führen). Der eintägige Streik brachte weite Teile des öffentlichen Lebens zur Erliegen und war einer der größten Streiks der letzten Jahre.

Quellen: www.labournet.de, www.ituc-csi.org

Mehr dazu:

[Bericht des IGB / Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in der Türkei](#)

➤ **Kolumbien: Widerstand zum geplanten Freihandelsabkommen EU – Kolumbien aufrecht erhalten**

Obwohl Kolumbien nach wie vor das weltweit gefährlichste Land für GewerkschafterInnen ist und die allgemeine Menschenrechtssituation schockierend ist, verhandelt die EU mit Kolumbien noch immer über ein bilaterales Handelsabkommen. Kolumbianische GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen fordern von der EU, die Verhandlungen auszusetzen, bis sich die Menschenrechtssituation in Kolumbien deutlich verbessert.

Insbesondere der britische und irische Gewerkschaftsdachverband TUC und Congress und die britische Gewerkschaftskampagne *Justice for Colombia* mobilisieren gegen das geplante Freihandelsabkommen. Das Handelsvolumen der EU mit Kolumbien beträgt lediglich 0,3% des gesamten EU-Außenhandels. Ein Freihandelsabkommen wäre somit kein wirtschaftliches, sondern in erster Linie politisches Signal an das kolumbianische Regime.

In den letzten Monaten wurde vor allem unter der Abgeordneten des EU-Parlaments für die Anliegen der kolumbianischen Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen geworben, da im Februar 2010 im Plenum des EU-Parlament über das geplante Freihandelsabkommen diskutiert und abgestimmt werden soll.

Quelle: www.justiceforcolombia.org

Mehr dazu:

[Homepage der Kampagne Justice for Colombia](#) / [GPA-djp Rubrik zu Kolumbien](#)

➤ **Mexiko: Privatisierung mit Polizeigewalt**

Anfang Oktober ließ der (durch massiven Wahlbetrug „gewählte“) mexikanische Präsident Felipe Calderón die Elektrizitätswerke CLF (Compañía de Luz y Fuerza del Centro), die Mexico-City und Umgebung versorgen, von Polizeieinheiten besetzen, liquidierte gleichzeitig auch das Unternehmen und entließ die 44.000 ArbeiterInnen, um die geplante Privatisierung des Unternehmens auch gegen die Beschäftigten und den Großteil der betroffenen KonsumentInnen durchzusetzen. Gleichzeitig sollte dadurch auch die starke mexikanische Elektrizitätsarbeitergewerkschaft SME zerstört werden.

Somit wurde dieser Konflikt nicht nur zu einer Auseinandersetzung rund um die geplante Privatisierung, sondern auch zu einem Frontalangriff auf die organisierte mexikanische ArbeiterInnenbewegung. Durch die Betriebsbesetzungen der Polizei sollte der SME die Grundlage für betrieblichen Widerstand entzogen. Seither kommt es landesweit zu eindrucksvollen Solidaritätsdemonstrationen mit Hundert tausenden TeilnehmerInnen. Auch auf internationaler Ebene wird dieser Konflikt immer bekannter und laufend solidarisieren sich mehr Gewerkschaften mit den mexikanischen KollegInnen.

Quellen: www.sme1914.org, www.labournet.de

Mehr dazu:

[Berichte auf LabourNet Germany](#) / [Auswahl verschiedener internationaler Solidaritätsaufrufe](#)

❖ **Politische Bücher zu Weihnachten**

➤ **Buchtip: Sieben Krisen – Ein Crash** (Winfried Wolf)

Seit Mitte 2007 existierten die ersten Anzeichen einer „Subprime-Krise“ im Hypotheken-Kreditsektor der USA. Anfang 2008 ging es um eine US-amerikanische Wirtschaftskrise. Ende 2008 machte der Begriff von einer weltweiten Rezession die Runde. Seit Frühjahr 2009 ist „die neue Weltwirtschaftskrise“ in aller Munde.

Doch was ist damit gemeint? Mehr oder weniger eine Wiederholung jener Weltwirtschaftskrise, wie sie in den Jahren 1929 ff existierte? Ist es in erster Linie eine Finanzkrise? Oder erleben wir das Ende des auf fossilen Energien aufbauenden Kapitalismus?

Für den Autor gibt es nur eine überzeugende Antwort auf die neue Dimension der Krise des Kapitalismus: die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung, in der der Mensch, die Umwelt und das Klima und nicht das Kapital, die Ausbeutung und der Profit im Mittelpunkt stehen.

Bestellung: [ÖGB-Verlag](#)

➤ **Buchtip: Bruchstücke - Kritische Ansätze zu Politik und Ökonomie im globalisierten Kapitalismus** (Peter Fleissner/Natascha Wanek, Hrsg.)

Zu Beginn der globalen Krise vermittelt dieser Band zeitgenössische Einsichten kapitalismuskritischer ExpertInnen unterschiedlicher Provenienz in gesellschaftliche Zusammenhänge. Er ist das Ergebnis einer Ringvorlesung an der Universität Wien, in der nicht nur etablierte Lehrkräfte, sondern auch Studierende als Vortragende zu Wort kamen, die sich in leidenschaftlichen Debatten mit den breit gefächerten Themen auseinandersetzten.

Nicht nur die weltweite Finanzkrise wird thematisiert, die auf den realen Bereich übergreift und soziales Elend in ihrem Gepäck mitführt, sondern auch der Raubbau an der Natur durch profitorientiertes und eigensüchtiges Wirtschaften. Mehrere Beiträge bieten Einsichten in unterschiedliche Positionen des Feminismus, der in einer zeitgemäßen wissen-

schaftlichen Kritik des Kapitalismus unverzichtbar ist. Strategien der Gegenwehr und politisch-ökonomische Alternativen schließen den Sammelband ab.

Bestellung: [ÖGB-Verlag](#)

Wir wünschen allen AbonentInnen und LeserInnen des GPA-djp Newsletters „Europa und Internationales“ erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Greif, GPA-djp

Leiter der Abteilung Europa,
Konzerne & Internationale Beziehungen
wolfgang.greif@gpa-djp.at

Redaktion: **Lukas Neißl**
l.neissl@gmx.net

Den EKI-Newsletter abonnieren:
sabrina.drizhal@gpa-djp.at